Die Zweite Republik Österreich

Die Moskauer Deklaration

Das Grunddokument der Zweiten Republik

Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika sind darin einer Meinung, dass Österreich das erste freie Land, das der Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.

Sie betrachten die Besetzung Österreichs durch Deutschland am 15. März 1938 als null und nichtig. (…) Sie erklären, dass sie wünschen, ein freies, unabhängiges Österreich wieder errichtet zu sehen.

Österreich wird aber auch daran erinnert, dass es jedoch für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann, und dass anlässlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wie viel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.

Aus der Moskauer Deklaration, Oktober 1943

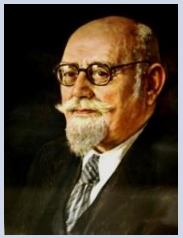
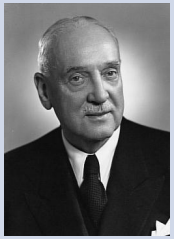
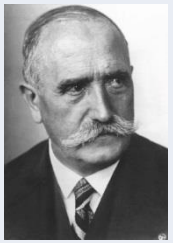
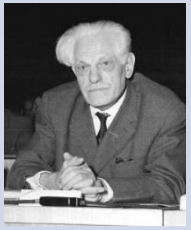
Das Kriegsende in Österreich

In der „**Schl____ um Wien**“ Anfang April 1945 wurde die ohnehin schwer bombengeschädigte Stadt noch mehr verwüstet.

- Ende April 1945:
  französische Truppen stießen über **Vor_____** nach **Ti____** vor
- Anfang Mai 1945:
  US-Truppen besetzten von Bayern kommend **Innsbruck**, **Salzburg** und **Oberösterreich** und **befreiten am 5. Mai das KZ Mau_____**

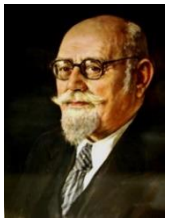
Am 8. Mai 1945 endete der Krieg in Österreich durch eine bedingungslose deutsche Kapitulation.

Die Neugründung der Parteien

Partei	Politiker	
Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)	Karl Re_____ 	Adolf Schärf 
Österreichische Volkspartei (ÖVP)	Leopold Kun_____ 	Felix Hurdes
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	Johann Koplenig 	

Der politische Neubeginn

Karl Renner bildete bereits im April 1945 eine **provi_____ Regierung**, der Vertreter aller drei Parteien angehörten (**Konz_____regierung**).



Geprägt z.T. auch von der gemeinsamen KZ-Erfahrung („**Geist der La____straße**“) begannen die Politiker in demokratischer Zusammenarbeit den Wiederaufbau.

Noch im April 1945 wurde der **Österreichische Ge_____bund** (**ÖGB**) als überparteiliche Organisation gegründet.

Die Unabhängigkeitserklärung

Am **27. April 1945** veröffentlichte die provisorische Regierung eine **Unabhängigkeitserklärung** – sozusagen die „**Geb_____kunde**“ der Zweiten Republik.

Art. I: Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.

Art. II: Der im Jahr 1938 dem österreichischen Volke aufgezwungene Anschluss ist null und nichtig.

Art. III: Zur Durchführung dieser Erklärung wird unter Teilnahme aller antifaschistischen Parteirichtungen eine provisorische Staatsregierung eingesetzt und vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut.

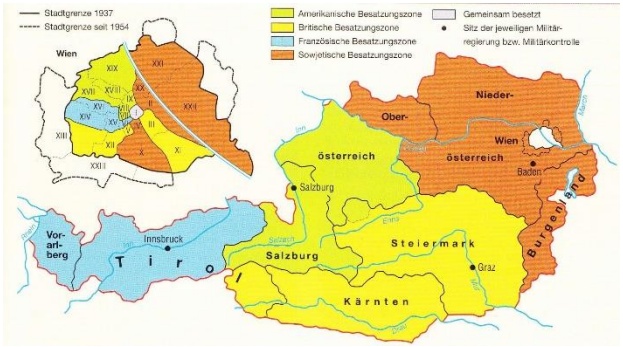
Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945

Der Wiederaufbau des Staates

Ab Anfang Juli 1945 war ein „**Alli_____ Kon_____rat**“ die oberste Regierungsgewalt in Österreich. Er bestand aus den **vier Befehlshabern der Besatzungsmächte**. Alle Beschlüsse der österreichischen Regierung mussten von ihm genehmigt werden. Außerdem wurde das österreichische Staatsgebiet in **vier Be_____zonen** aufgeteilt.

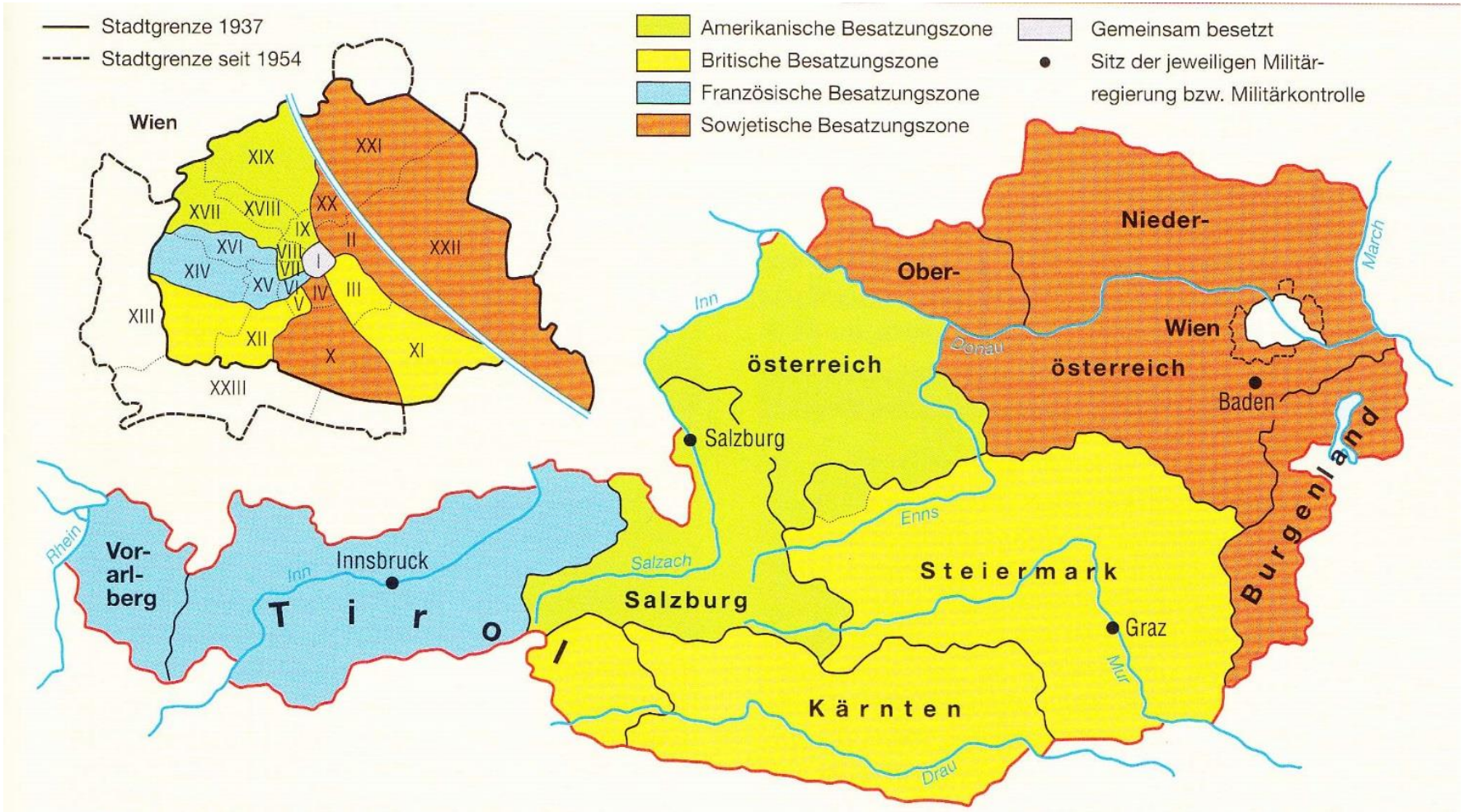
Teilung Österreichs in vier Besatzungszonen

- unbehinderter Güter- und Personenverkehr zwischen den westlichen Zonen
- Überschreiten der sowjetischen Zone nur mit einem viersprachigen „**Id_____tätsausweis**“



Im Herbst 1945 bekannten sich alle österreichischen Bundesländer zu einem Gesamtstaat. Damit war die Gefahr einer Teilung Österreichs gebannt!

Besatzungszonen in Österreich und Wien

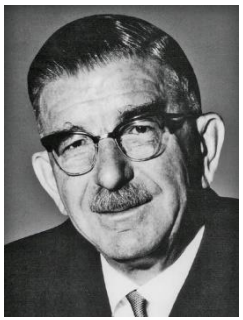


Erste freie Wahlen

Im **November 1945** fanden die ersten **Nationalratswahlen** nach 1930 statt.
Von den fast 3,5 Millionen Wahlberechtigten waren 64% Frauen.

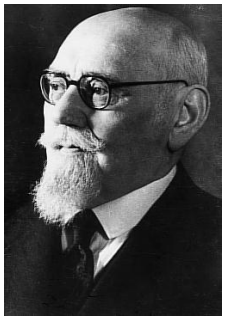
Partei	Mandate
ÖVP	85 Mandate
SPÖ	76 Mandate
KPÖ	4 Mandate

Unter dem Druck der Besatzungsmächte wurde wieder eine Konzentrationsregierung gebildet.



Bundeskanzler
Leopold Fi___ (ÖVP)

Vizekanzler
Adolf Sch____ (SPÖ)



Noch 1945 wurde **Ka__ Re_____** von der Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat) einstimmig zum **Bundespräsidenten** gewählt.

Der Kampf gegen den Hunger

„Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben. Ich kann euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann euch nur bitten, glaubt an dieses Österreich.“

Bundeskanzler Leopold Figl, Weihnachtsansprache 1945

- **triste wirtschaftliche Situation –**
  hunderttausende Flüchtlinge (**DP = “Dis_____ Per_____“**)
- **Hilfsprogramme** der Besatzungsmächte und verschiedener europäischer Staaten (CH, S, NL, DK)
  - sowjetische Nahrungsmittelpakete
  - **CA___-Pakete** aus den USA

Schwarzmarkt und Währungsreform

Der allgemeine **Versorgungsmangel** führte zur **Entstehung eines Sch_____markts.**

- Lieferanten: alliierte Soldaten
- teilweise gigantische Preise

Wä_____reform (1947)

- Umtausch von 150 ÖS im Verhältnis 1:1
- der Rest des Bargelds wurde um zwei Drittel abgewertet
- **Folge: Ende der Nachkriegsinflation**

Die KPÖ reagierte auf diese sozialen Härten mit dem Rücktritt ihres Ministers und ging in die Opposition. Nun gab es erstmals eine **Gro___ Koa_____ von ÖVP und SPÖ** (bis 1966).

Wirtschaftlicher Neuanfang

Die sowjetische Besatzungsmacht demontierten viele **Produktionseinrichtungen** in der Sowjetzone (**USIA-Betriebe**) und beschlagnahmten ehemalige Betriebe in deutschem Eigentum.

Erstes und Zweites Verst_____gesetz (1946, 1947)

- Verstaatlichung von **Großbanken** (CA-BV, Länderbank, ÖCI)
- Verstaatlichung der **Kohle-, Bergbau-, Eisen- und Metallindustrie**
- Verstaatlichung der **Erdölindustrie** und **Elektrizitätswirtschaft**

Einbeziehung Österreichs in den Mar_____plan (1948-51)

- **„Eur_____ Re_____ Program“ (ERP)**
- Insgesamt knapp 14 Mrd. Dollar Hilfsleistungen
- Bau von Wasserkraftwerken, Straßen und Brücken

„Entnazifizierung“ in Österreich

Schon am Tag der Kapitulation wurden die NSDAP, alle ihre Wehrverbände (z.B. SA, SS) und andere Organisationen verboten („**Ver____gesetz**“). Wenig später folgte das „**Kriegsverbrechergesetz**“: Alle ehemaligen Nationalsozialisten mussten sich registrieren lassen und waren bei den Nationalratswahlen 1945 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Je nach ihrer Einstufung als „**belastete**“ und „**min____belastete**“ **Nationalsozialisten** hatten sie mit weiteren **Sühnefolgen** zu rechnen:

- Sühneabgaben
- Beförderungshemmung, zeitweiliges Berufsverbot, fristlose Entlassungen
- Verhaftung oder Internierung in einem Anhaltelager

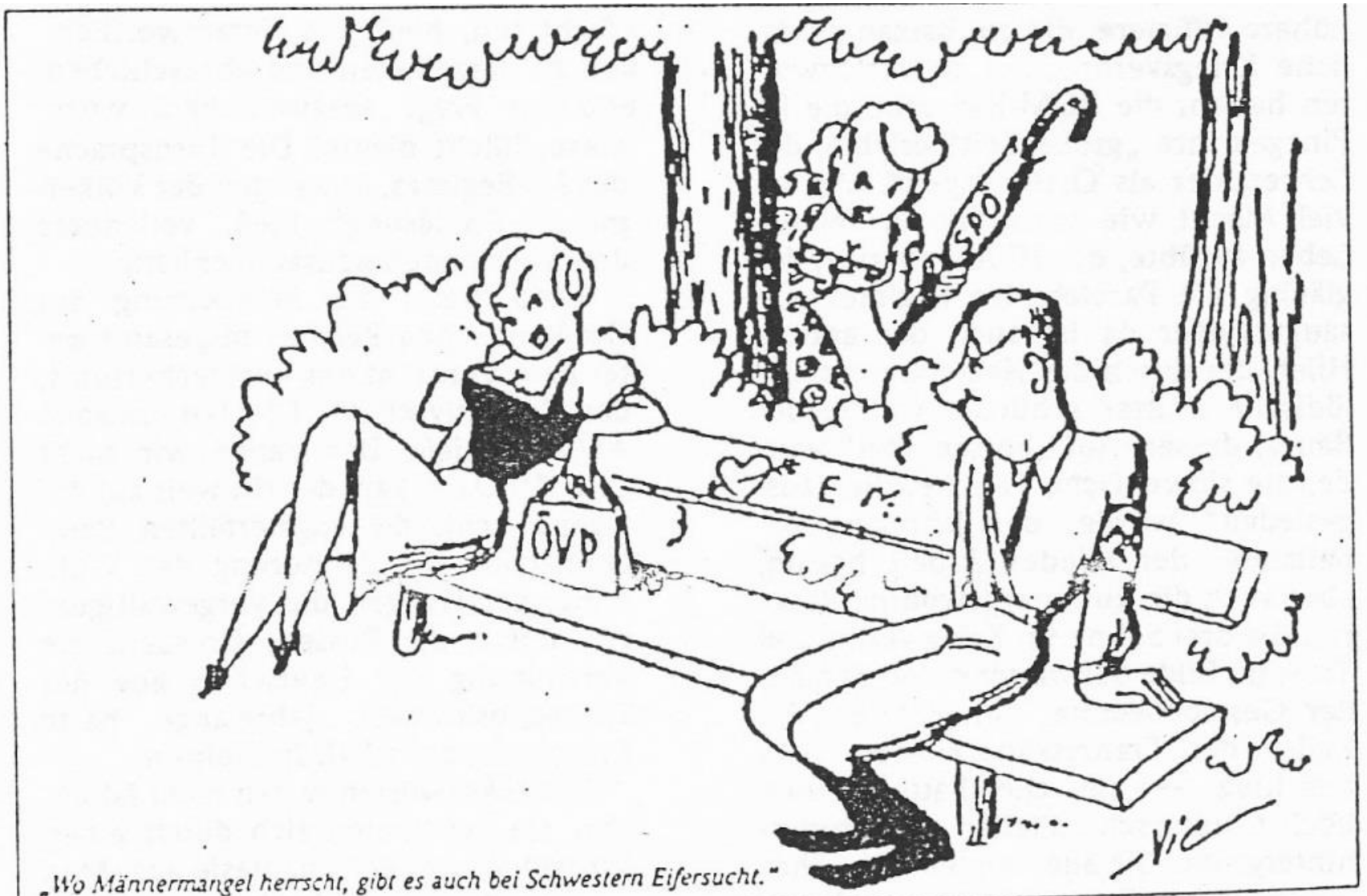
„Entnazifizierung“ in Österreich

Ab 1946 sprachen sog. **Vo____gerichte** bis 1955 **13.600 Verurteilungen** aus, darunter 43 Todesurteile und 34 lebenslängliche Haftstrafen.
1947 erhielten die „Minderbelasteten“ wieder das **aktive Wahlrecht** und **1948** beschloss der Nationalrat die „**Minderbelasteten-Amn_____**“, durch die ca. 500.000 Personen begnadigt wurden.

Ab 1947/48 verstärkte sich der Trend, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, merklich. Selbst (…) bei den Volksgerichten stieg 1948 die Zahl der Freisprüche auf 52 Prozent (…).

(…) Die beiden großen politischen Kräfte versuchten (…) die Stimmen der „Ehemaligen“ zu gewinnen, auch um den Preis des Verzichts der Entnazifizierung.

Rathkolb, Die paradoxe Republik, 2011, S. 307



„Wo Männermangel herrscht, gibt es auch bei Schwestern Eifersucht."

Rund 490.000 minderbelastete „Ehemalige" waren 1949 wieder wahlberechtigt

Die Großparteien auf Stimmenfang – Karikatur aus den Salzburger Nachrichten vom 28. 6. 1949. SN 17.5. 95

Es unterblieb die notwendige tiefere Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Ursachen des NS-Problems. Konzentriert auf die strafrechtliche Verfolgung wurde die Aufarbeitung der weiterwirkenden Reste der NS-Ideologie vernachlässigt und ihr Weiterleben in Kauf genommen. Dazu kam, dass die „Kleinen“ oft stärker bestraft wurden als die „großen“ Täter, die es verstanden haben, sich der Verantwortung zu entziehen, und sehr bald wieder ihre früheren Positionen in Wirtschaft, Industrie und teilweise auch im Staatsdienst einnehmen konnten. Das Ergebnis war bei jenen, die sich nur als unbeteiligte „Mitläufer“ betrachteten, ein tiefes Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein. (...) An die Stelle von Einsicht und Umdenken traten Trotz und Verharren im Unrecht, und viele ehemalige Anhänger des Nationalsozialismus verweigerten eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Malina/Spann, 1938–1988, 1988, S. 30

Österreich war nicht nur Opfer …

Die Frage der Entschädigung der NS-Opfer blieb viele Jahre ungelöst, v.a. deshalb, weil die österreichischen Regierungen am „**Opfermythos**“ festhielten. Erst 1991 sprach Bundeskanzler Franz Vranitzky offiziell über die „**Täterrolle**“ vieler Österreicherinnen und Österreicher während der NS-Herrschaft (siehe nächste Folie).

Im Jahr **2000** wurde ein „**Versö_____fonds**“ für noch lebende ZwangsarbeiterInnen in Höhe von 436 Mio. Euro eingerichtet, **2001** ein „**Entsch_____fonds**“ in Höhe von 210 Mio. Euro für die Rückgabe von enteignetem jüdischem Vermögen.

„Es ist unbestritten, dass Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war: Die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte Hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, zwang sie zu Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen. Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder religiös Andersdenkende – sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen totalitären Machtanspruchs. Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluss begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reiches beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle. Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen. Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut dies möglich war, angerichteten Schaden wiedergutzumachen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend erfasst oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden. Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten. Dieses Bekenntnis haben österreichische Politiker immer wieder abgelegt. Ich möchte das heute ausdrücklich auch im Namen der österreichischen Bundesregierung tun; als Maßstab für die politische Kultur in unserem Land, aber auch als unseren Beitrag zur neuen politischen Kultur in Europa.“

Rede von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky im Österreichischen Nationalrat am 8. Juli 1991

Der Weg zur Souveränität

In der **Mos_____** **Dek_____** des Jahres 1943 legten die Außenminister der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion die Wiederherstellung Österreichs als eines ihrer Kriegsziele fest.

- Im beginnenden Kal____ Kr___ wurde Österreich zum Spielball der Politik.
- Besonders die Abweisung jugoslawischer Gebietsansprüche in Kärnten und der Steiermark wurde zur schwierigen außenpolitischen Frage.

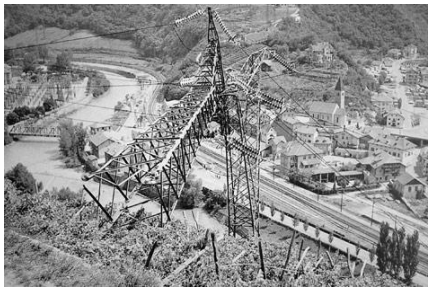
Die Unterzeichnung im Kreml, v. li. Foo Ping-sheng (China), Cordell Hull (USA), Wjatscheslaw Molotow (UdSSR) und Anthony Eden (Großbritannien).

Die „Südtirol-Frage“

Österreichs Gebietsansprüche an Italien – die Rückgabe des deutschsprachigen Südtirol – wurden von den Siegermächten abgelehnt.

„Gru___-de-Gas____-Abk_____“
Österreich erreichte 1946 ein Abkommen zum Schutz der deutsch-sprechenden Bevölkerung.

„Südtiroler Bum____“
In den 1960er-Jahren eskalierte der Konflikt, es erfolgten terroristische Anschläge auf italienische Einrichtungen
(u.a. wurden Leitungsmasten gesprengt).



1969 wurde das sog. „**Südtirol-Paket**“ unterschrieben. Es legte die **Auto_____ Südtirols** fest und **trat 1972 in Kraft**. Die Verhandlungen um seine Erfüllung wurden erst 1992 abgeschlossen.

Das Ringen um den Staatsvertrag

Erst der **Tod Sta____ (1953)** leitete im Verlauf des Kalten Kriegs eine „**Tau_____periode**“ ein. 1954 forderte der sowjetische Außenminister Molotow, dass in einem Staatsvertrag die **Neu_____** Österreichs verankert sein müsse.

Verhandlungen über den Staatsvertrag in Mos____ (1955)

- Garantie Österreichs: **Kein Wiederanschluss an Deutschland**
- **Moskauer Memorandum am 15. April 1955**
  - Bestimmungen über die finanzielle Ablöse für sowjetische Unternehmungen in Österreich
  - Politisches Tauschgeschäft: **immerwährende Neutralität für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich** (Vorbild: Schweiz)

Am **15. Mai 1955** wurde der **österreichische Staatsvertrags** im Wiener Bel_____ unterzeichnet.
BK Leopold Figl: „**Österreich ist frei!**“

Die „immerwährende Neutralität“

Die Neutralität Österreichs ist nicht im Sta_____trag festgeschrieben. Die Neutralitätserklärung erfolgte von Österreich freiwillig. Am 26. Oktober 1955 beschloss der österreichischen Nationalrat das **Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität** der Republik Österreich.

Verpflichtungen der „dauernden“ Neutralität

- das Verbot, einen Krieg zu beginnen und dadurch seine Neutralität von sich aus zu beenden
- das Verbot der Teilnahme an Kriegen zwischen dritten Staaten
- die Pflicht zur Erhaltung und Verteidigung der Unabhängigkeit, territorialen Integrität und der Neutralität sowie zur Schaffung der dazu notwendigen Mittel
- die Pflicht, jedes Verhalten zu vermeiden, das Österreich in der Zukunft vielleicht in Konflikt mit seinen Neutralitätspflichten bringen könnte

Vom VdU zur FPÖ

1949 zog der im selben Jahr gegründete **Verband der Unab_____ (VdU)** mit 12% der Stimmen als vierte Partei in den Nationalrat ein. Erstmals durften auch die „minderbelasteten“ Nationalsozialisten wählen. Die neue Partei war das **Sammelbecken des „nat_____ Lag____“**.

Schon **1955** kam das **Ende des VdU**, weil das Parteiprogramm mit dem Staatsvertrag nicht vereinbar war.

„Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muss dem ganzen deutschen Volk dienen.“

Aus den Resten des VdU entstand im Jahr **1956** die **Frei_____ Par____ Österreichs (FPÖ)**.

„Wir bekennen uns zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, aber ebenso uneingeschränkt zur Eigenstaatlichkeit Österreichs.“

Anton Reinthaller
Gründer der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)

Die Sozialpartnerschaft in Österreich

In der Zweiten Republik kam es zu einer engen Zusammenarbeit der **Arbeit_____- und Arbeit_____verbände**. So konnten strittige Wirtschafts- und Sozialfragen friedlich gelöst werden. Diese enge Zusammenarbeit nennt man **S_____partnerschaft**.

Arbeitnehmer	Arbeitgeber
Ar_____kammer	Wirtschaftskammer
Österreichischer Ge_____sbund	Landwirtschafts-kammer

Das Wirtschaftswunder

Die ÖVP verfolgte zu Beginn der 1950er-Jahre eine strenge staatliche Sparpolitik. Die Folge waren geringe Produktionsziffern und Tausende Arbeitslose (Februar 1954: 308.000 Menschen).

Ab 1953 begann – unterstützt von einer weltweiten Kon_____belebung – der **Wirtschaftsaufschwung**.

- Die Lebensmittelrationierung wurde aufgehoben.
- Es folgte ein riesiges Investitionsprogramm:
  - Ausbau der Wasserkraft (z.B. Speicherkraftwerk Kaprun)
  - Elektrifizierung der Eisenbahnen
  - Autobahnbau (Salzburg – Wien)
  - Modernisierung der Verstaatlichten Industrie

Finanzminister Reinhard Kamitz

1955 konnte die Regierungskoalition eine äußerst positive Bilanz vorweisen: Die Wirtschaft hatte sich erholt, innenpolitisch herrschte Frieden, hinzu kam der lang ersehnte Staatsvertrag.

Krise und Ende der Großen Koalition

Mitte der 1960er-Jahre waren die Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit gestorben (Raab, Figl, Schärf). Die nächste Politikergeneration war in ihrer Haltung zur Koalition schon sehr gespalten.

Die Wahlen **1966** brachten der **ÖVP** die **absolute Mehrheit**. Bundeskanzler **Jo___ Kl____** bildete die **erste Alleinregierung der Zweiten Republik**.
Die SPÖ ging in Opp_____.

Die Regierung BK Josef Klaus (1966-70)

- **Grete Rehor** als erste Ministerin (für soziale Verwaltung)
- Herabsetzung des **W____alters von 21 auf 19 Jahre**
- **neues Ru_____gesetz**, das den Einfluss der beiden (Groß-)Parteien auf den ORF verringern sollte
- die stufenweise Einführung der **40-Stunden-Woche**
- Einigung in der Frage der **Südtiroler Auto_____**
- gemeinsame Verurteilung des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR (1968)

Bundeskanzler Josef Klaus

Minderheitsregierung Kreisky (1970/71)

1967 wurde Bruno Kreisky neuer Parteiobmann der SPÖ. Er wollte die Partei moderner und offener ausrichten:

> *„So vertrat ich etwa die Auffassung, dass der Gebrauch des Wortes „Arbeiterklasse“ nicht mehr zeitgemäß sei. (…) Betrug der Anteil der Arbeiter unter den Lohnabhängigen zunächst weit mehr als die Hälfte, so hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. (…) Wollte die sozialistische Partei in Österreich neue Wählerschichten erschließen, musste dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. (…) Die Partei musste sich öffnen, freilich nicht nur in Richtung auf die Angestellten. Es galt, auch anderen gesellschaftlichen Gruppen verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden, vor allem den Bauern.“*
>
> Kreisky, Im Strom der Politik, 1988

Nach den **Wahlen von 1970** bildete **Kreisky** mit **Duldung der FPÖ** die erste und bisher einzige **Min_____regierung** der Zweiten Republik Österreich. Für diese Unterstützung bekam die FPÖ eine **Wa_____reform**, die kleinere Parteien tendenziell unterstützte. Die Anzahl der Abgeordneten wurde bspw. von 165 auf 183 erhöht.

Bundeskanzler Bruno Kreisky

Die Ära Kreisky (1971-83)

Die **SPÖ** erhielt bei den Neuwahlen **1971** die **abs_____ Mehrheit**. Zwei weitere absolute Mehrheiten (1975, 1979) folgten. Nun konnte Kreisky das angekündigte Programm zur Neugestaltung Österreichs und den Aufbruch zur „Europareife“ in Angriff nehmen.

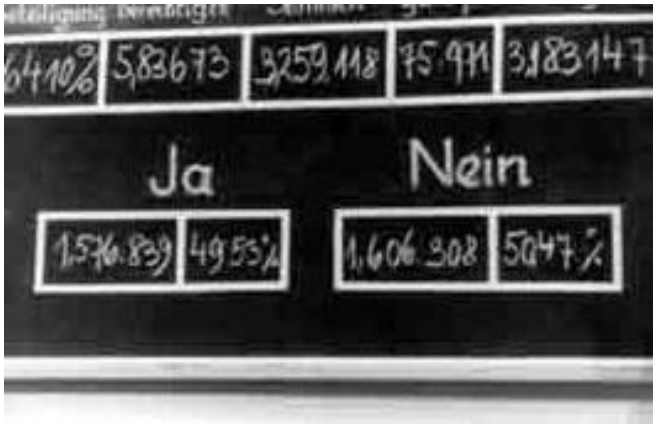
Als wichtigste Reformen der 1970er-Jahre gelten:

- Einführung der **Geburten- und Heiratsbeihilfe**
- Einführung der **SchülerInnen-Freifahrt**
- **kostenlose Schulbücher**
- **Abschaffung** der **Studiengebühren**
- demokratisches eines **Schulunterrichts-** und **Uni-Organisationsgesetz**
- betriebliche Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen (**Betriebsräte**)
- ein **Konsumentenschutzgesetz**
- das **Frauen-Gleichbehandlungsgesetz**
- Ausbau des Bundesheeres zum **Milizheer**
- ein **neues Strafrecht**
- ein **neues Familienrecht**
- ein **neues Scheidungsrecht**

Streit um das AKW Zwentendorf

Ein großes innenpolitisches **Streitthema** bildete **1978** das neu errichtete **Ker_____werk in Zwentendorf** (NÖ). Spontan gebildete **Bü____initiativen** bezweifelten die Nützlichkeit und Sicherheit von Atomkraftwerken.

Der Streit führte zu einer Volks_____ung über die Kernkraftnutzung , bei der die GegnerInnen mit 50,47% knapp siegten.



Der Nationalrat beschloss daraufhin ein „**Atom_____gesetz**“ im Verfassungsrang, das die Nutzung der Kernenergie in Österreich verbietet.

„Lieber Schulden als Arbeitslose“

Nach Jahren der Hochkonjunktur führte ein „Öl_____schock“ (1973) zu einer weltweiten Wirtschaftskrise.

„Mir bereiten ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte als ein paar 100.000 Arbeitslose mir bereiten würden.“

Der „Austro-Key_____ismus“

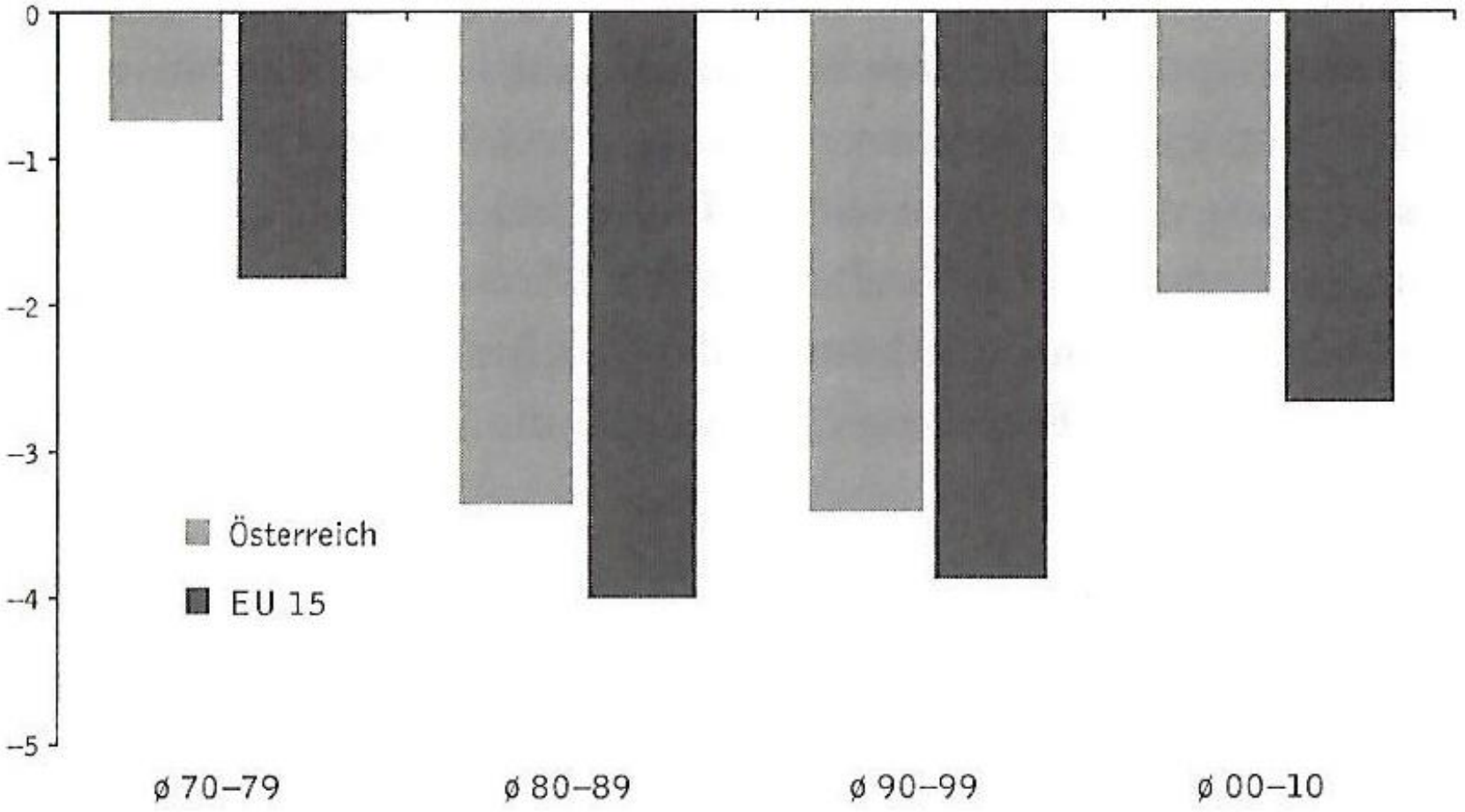
Kreiskys Wirtschaftspolitik war klar auf Vollbeschäftigung ausgerichtet. Dabei wurde bewusst ein steigendes Budgetdefizit und eine höhere Staatsverschuldung in Kauf genommen („de_____ spe_____“).

Die Folgen dieser Politik

- geringste Arbeitslosigkeit Europas (ca. 2 Prozent)
- eine harte Währung und eine geringere Inflation
- ein höheres Wirtschaftswachstum als in anderen europäischen Industriestaaten

Budgetdefizit seit 1970

In % des BIP



Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Der „Austro-Keynesianismus“

Der WIFO-Ökonom Ewald Walterskirchen (2011) fasst die Wirtschaftspolitik Kreiskys wie folgt zusammen:

- *Die österreichische Wirtschaft wuchs in der Kreisky-Ära 1970-1983 jährlich um 3,5% pro Jahr, das war um 0,75% pro Jahr mehr als im EU-Durchschnitt. Nie hat es eine Regierungsperiode gegeben, in der Osterreich einen solchen wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber der Europäischen Union erzielte.*
- *Im Gegensatz zur Europäischen Union konnte in Österreich die Vollbeschäftigung bis in die 1980er Jahre erhalten werden. Die Arbeitslosenquote war in Österreich im Durchschnitt der Kreisky-Jahre mit 1,5 % deutlich niedriger als in der Europäischen Union (4,2 %).*
- *In Österreich sind die Staatschulden 1970-1983 von 19 % auf 44 % des Bruttoinlandsprodukts gestiegen, d.h. sie haben sich mehr als verdoppelt. Aber das ist auch in allen anderen Ländern passiert. In den skandinavischen Ländern, mit denen wir uns so gern vergleichen, nahm die Staatsverschuldung noch weit rascher zu.*
- *Im Durchschnitt der Kreisky-Jahre 1970-1983 war das Budgetdefizit in Österreich mit 1,1 % des BIP nicht einmal halb so hoch wie in der EU. Die Vorstellung, dass unsere Schulden heute auf die Politik von Kreisky und Androsch zurückgehen, gehört ins Reich der Märchen.*

SPÖ-FPÖ-Koalition (1983-86)

Bei den Nationalratswahlen von 1983 verlor Kreisky die absolute Mehrheit und trat deshalb als Bundeskanzler zurück. Sein Nachfolger **Fr___ Sin_____** bildete mit Vizekanzler **No_____ Ste____** von der FPÖ erstmals eine **Kl_____ Koa_____**.

v.l.n.r.:
Vizekanzler Norbert Steger (FPÖ),
Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ),
Finanzminister Ferdinand Lacina (SPÖ)

Wieder Große Koalitionen

1986 löste **Fr____ Vra_____** Fred Sinowatz als Kanzler ab. Er **beendete die Kleine Koalition**, als in der FPÖ der deutsch-national ausgerichtete **Jö___ Hai____** neuer Parteiobmann wurde.

Vranitzky bildete nach den Wahlen von 1986 eine **Große Koalition** und leitete als Bundeskanzler fünf SPÖ-ÖVP-Bundesregierungen. 1997 folgte ihm **Vik___ Kl____** als Bundeskanzler und SPÖ-Chef.

Die „**Grü___ Alter_____**“ schaffte erstmals den Sprung in den Nationalrat.

v.l.n.r.: Franz Vranitzky (SPÖ), Alois Mock (ÖVP) und FPÖ-Chef Jörg Haider am Wahlabend 1986

Die erste ÖVP-FPÖ/BZÖ-Koalition

Die Nationalratswahlen von 1999 brachten das Ende der Großen Koalition. Die ÖVP stellte als drittstärkste Partei mit **Wo_____ Sch_____** den Bundeskanzler in einer **„kleinen“ ÖVP-FPÖ-Koalition**.

Schon 2002 zerbrach diese Regierung nach FPÖ-internen Konflikten („**Knittelfeld**“). Die **Neuwahlen** brachten einen **großen Erfolg für die ÖVP**, welche die **Regierungskoalition mit einer geschwächten FPÖ** erneuerte.

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP)

Die Spaltung der FPÖ

Nach innerparteilichen Richtungskämpfen wurde 2005 unter Führung des damaligen **LH Jö__ Hai____** das **„Bün____ Zuk___ Österreich“ (BZÖ)** gegründet. Neuer Obmann der **FPÖ** wurde **He___-Chr_____ Str_____**.

Große Koalitionen von 2007 bis 2017

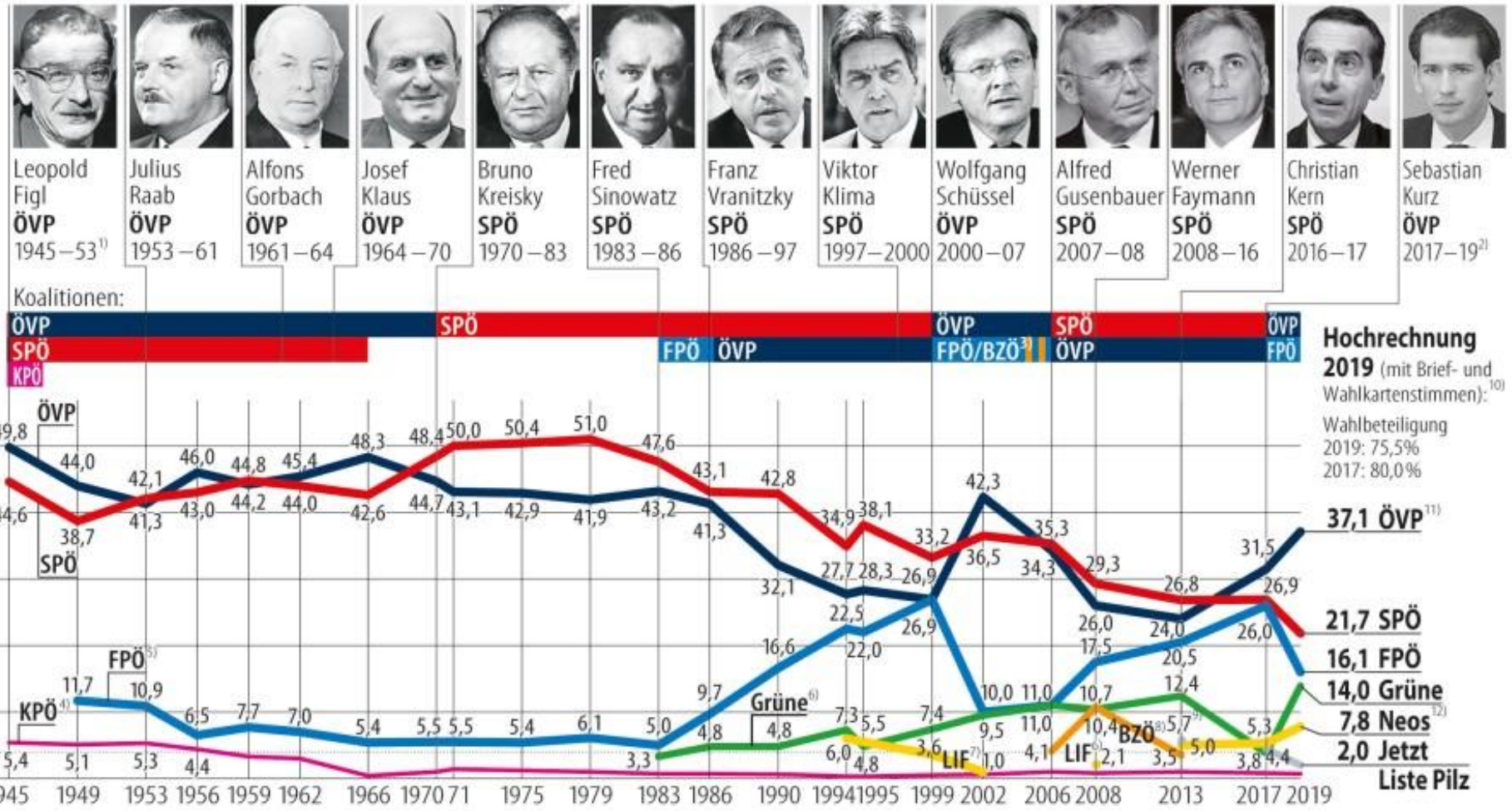
Nach den Nationalratswahlen von 2006 folgten wieder 11 Jahre lang Große Koalitionen mit SPÖ-Bundeskanzlern. Den Anfang machte **Alf____ Gu____bauer** (SPÖ) und **Will____ Mol_____** (ÖVP).

Nach den vorgelegten Wahlen von 2008 setzte Bundeskanzler **We____ Fay_____** (SPÖ) die **Große Koalition** mit den Vizekanzlern **Jo___ Pr____** und **Mi_____ Spi_____egger** (beide ÖVP) fort.

2013 bildeten SPÖ und ÖVP wieder eine gemeinsame Regierung. Dabei löste **Chr_____n K____** 2016 Bundeskanzler Faymann ab. In der ÖVP übernahm **Re_____ M_____lehner** das Amt des Vizekanzlers.

Nationalratswahlen in Österreich

Bundeskanzler, Koalitionen und Stimmenanteile ausgewählter Parteien in Prozent



1) Zuvor seit 27.4.1945: Karl Renner (SPÖ) Staatskanzler, SPÖ-ÖVP-KPÖ-Regierung. 2) Seit Mai 2019: amtierende Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein. 3) 2005 Wechsel von FPÖ-Kabinettsmitgliedern zum Bündnis Zukunft Österreich. 4) KPÖ zeitweilig mit verschiedenen Bündnisnamen. 5) 1949, 1953: Wahlpartei der Unabhängigen. 6) Grüne 1983: Summe von VGÖ und ALÖ. 7) Liberales Forum. 8) Bündnis Zukunft Österreich (Gruppierung um Jörg Haider). 9) Frank Stronach (euroskeptisch). 10) Die Briefwahlstimmen werden am Montag, Wahlkarten erst am Donnerstag ausgezählt. 11) Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei (ÖVP). 12) Das Neue Österreich.

Quellen: ORF/Sora; BMI; Herbert Dachs et al., Handbuch des politischen Systems Österreichs, Wien; F.A.Z.-Archiv Fotos: dpa (3), AP (2), Klemm, Kleinhans, Röth, Eilmes, AFP (3), Reuters / F.A.Z.-Grafik Heumann

Regierungen der Zweiten Republik

Periode	Regierungsform	Parteien	Bundeskanzler
1945-47	Konzentrationsregierung	ÖVP-SPÖ-KPÖ	Leopold Figl
1947-66	Koalitionsregierung	ÖVP-SPÖ	Leopold Figl - Julius Raab Alfons Gorbach - Josef Klaus
1966-70	Alleinregierung	ÖVP	Josef Klaus
1970-71	Minderheitsregierung	SPÖ	Bruno Kreisky
1971-83	Alleinregierung	SPÖ	Bruno Kreisky
1983-86	Koalitionsregierung	SPÖ-FPÖ	Fred Sinowatz
1986-1999	Koalitionsregierung	SPÖ-ÖVP	Franz Vranitzky - Viktor Klima
2000-02	Koalitionsregierung	ÖVP-FPÖ	Wolfgang Schüssel
2002-06	Koalitionsregierung	ÖVP-FPÖ/BZÖ	Wolfgang Schüssel
2006-2017	Koalitionsregierung	SPÖ-ÖVP	Alfred Gusenbauer - Werner Faymann - Christian Kern
2017-2019	Koalitionsregierung	ÖVP-FPÖ	Sebastian Kurz
2019-2020	Übergangsregierung	Expertenregierung	Brigitte Bierlein
2020-xxxx	Koalitionsregierung	ÖVP-Grüne	Sebastian Kurz – Alexander Schallenberg – Karl Nehammer

Phasenmodell der 2. Republik (nach H. Dachs)

Periode	Merkmale	Konkrete Entwicklungen
1945-1960er	**Nebeneinander alter Mentalitäten und pragmatische Kooperation**	• Rekonstruktion der alten Parteien • Proporz- und Klientelpolitik • politischer Konsens bei den Eliten (Wiederaufbau, Befreiung, Sozialstaat, …)
1960er-1985	**Modernisierung – Mobilisierung - Konkurrenz**	• zunehmende Medialisierung • Professionalisierung • starke Konsenspraxis • mobilere Wählerschaft • Heraustreten der FPÖ aus der Isolation
1986-1999	**Ratlose Riesen**	• Ausdifferenzierung des Parteienspektrums (5 Parteien) • Dekonzentration • FPÖ im politischen Ghetto • Integrationsparteien in der Defensive
2000-2006	**Konfliktdemokratie**	• Ende der Konsensdemokratie
2006-2017	**Neuauflage Große Koalition**	

Proporz und Klientelpolitik

Vom Wortursprung her bedeutet Proporz (oder Proportionalität) anteilsmäßige Verteilung bzw. anteilsmäßige Beteiligung (das lateinische ‚proportio' bedeutet Verhältnis). […]

Unter Proporz versteht man – speziell in Österreich – aber auch die Einflussnahme auf die Postenverteilung in staatsnahen Bereichen (früher in der Verstaatlichten Industrie und in anderen Staatsbetrieben, im öffentlichen Dienst oder im ORF). Österreich wurde deshalb auch als Proporzdemokratie bezeichnet.

Dieses Prinzip der gegenseitigen Aufteilung (und damit der gegenseitigen Kontrolle) hatte gute Gründe. ÖVP und SPÖ wollten nach 1945 um jeden Preis verhindern, dass es in Österreich nochmals zu einem Bürgerkrieg wie 1934 oder zu anderen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Lagern kommen könnte. Nach dem Prinzip, dass Kontrolle immer gut sei, versuchten die beiden Parteien, einander zu kontrollieren. Später wurde das Prinzip des Proporzes auch von jenen Parteien angewendet, die jeweils mit SPÖ oder ÖVP eine Regierung bildeten.

Reinhold Gärtner: Politiklexikon für junge Leute

Proporz und Klientelpolitik

Vereine	SP-nahe	VP-nahe
Sozialpartner	Gew_____bund (ÖGB) Arb____kammer (AK)	Wir_____kammer (WK) La_____kammer (LWK)
Pensionisten	Pen_____band (PV)	Sen_____bund (SB)
Frauenverbände	SPÖ-Frauen	ÖVP-Frauen
Jugendverbände	Sozialistische Jugend (SJ)	Junge Volkspartei (JVP)
Sportdachverband	AS___	UN____
Auto-Club	ARBÖ	ÖAMTC
Hilfsorganisationen	Volksh____	Hilfsw____
Studentenvereine	Verband Sozialistischer Studierender (VSSTÖ)	Aktionsgemeinschaft (AG)
Landwirte	SPÖ-Bau____	Bauernb____
Akademikervereine	Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA)	Österreichischer Akademikerbund (ÖAkB)
LehrerInnenvereine	Sozialdemokratischer LehrerInnen-Verein (SLÖ)	Christlicher Lehrerverein (CLV)
Schülerverbände	Aktion Kritischer SchülerInnen (AKS)	Schüler-Union (SU)

Ausgangsposition - Erste & Zweite Republik

Bereich	Erste Republik	Zweite Republik
Politische Situation	• **Konsens in der Frage der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit des Landes** • **Abwanderung von Kapital** vor der Gefahr des Kommunismus • **Unterdrückung sozialpartnerschaftlicher Ansätze durch die Christlichsozialen**	• **Konsens in der Frage der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit Österreichs** • **weltwirtschaftliche Hochkonjunktur** zu Beginn der Zweiten Republik
Die Rolle des Staates	• **streng liberale Wirtschaftspolitik** des Staates • **wenig öffentliche Investitionen** Ausnahme: Landwirtschaft, sozialer Wohnbau (das „Rote Wien“) • Ziel: kein Anstieg des im Umlauf befindlichen Geldes • **Folge: hohe Arbeitslosenrate, Depression, Aber: harte Währung, ausgeglichene Bilanz**	• **aktive Wirtschaftspolitik** des Staates • ÖVP: „Soziale Marktwirtschaft“ • SPÖ: Demokratische Marktwirtschaft“ • **Priorität: Vollbeschäftigung bzw. gerechte Einkommensverteilung** während einer internationalen Hochkonjunktur
Auslandshilfe	• **Völkerbundanleihe (1922)** • große Auflagen an des Staat • keine Investitionen, Schuldentilgung • hohe Arbeitslosigkeit, ausgeglichenes Budget	• „**Marshall-Plan**“: Investitionen in die Industrie, Großprojekte, Rohstoff-industrie, verstaatlichte Industrie • Ziel der USA: Sicherung von Absatzmärkten in Europa
Eigentumsfrage	• konträre Position der politischen Blöcke • **kaum Verstaatlichung** • Folge: Ausstieg der SPÖ aus der Regierung	• **Konzept der Verstaatlichung großer Wirtschaftsbereiche** (Banken, Grundstoffindustrie, Energiesektor, …) • kaum privates Interesse (Kapitalmangel) • **Ziel: aktive Beschäftigungspolitik des Staates, Strukturausgleich**